

Kommunisten oder die Bierpartei. Graz und Salzburg waren erst der Anfang. Jetzt kommt als nächstes Innsbruck. Wetten, dass da wieder Denkmäler stürzen? Aber die Serie wird damit noch nicht zu Ende sein. Wir können heuer noch andere Überraschungen auf der politischen Szene erleben. Fein.

PETER LANG, WIEN

## „Ich verteile 25 Millionen Euro an die Gesellschaft“

(Chronik, WOCHEN 2/24)



Liebe Frau Marlene Engelhorn, ich möchte Ihnen einen kleinen Denkanstoß geben, was mit so viel Geld gemacht werden könnte. Erstens, es für Kinderospitäler oder Kinderdörfer ausgeben, da wird es sicher gut verwendet.

Aber es wäre auch wunderbar, einen großen, abgelegenen, leerstehenden Bauernhof zu kaufen und renovieren zu lassen. Dort könnten etwa für arbeitslose tierliebende Jugendliche Arbeitsplätze mit Wohnungen geboten werden, natürlich unter geschulter Aufsicht. Auch die Forschung (Krebs, Querschnittlähmung) braucht immer Geld.

HILDE HAUKE, ST. VALENTIN

## Meinungen zum Fernsehprogramm

(TV DABEI)



Ich finde, die Sendung „Silvia kocht“ ist die beste Kochsendung – abwechslungsreich, ohne alle Hektik und es ist dermaßen angenehm, wertschätzend und auch witzig, wie Silvia Schneider mit ihren Gästen umgeht. Das ist eine Freude. Noch dazu gibt es

die wunderschönen und interessanten Aufnahmen der Länder und Menschen, die sie vorstellt. Sie ist eine freundliche, schlaue und vielseitige Person, noch dazu eine Augenweide. Ich schaue schon seit den Anfängen und bin noch immer begeistert.

LISA TYRAN MIKULA, NEUSIEDL AM SEE

Warum müssen Nationalratssitzungen auf ORF2 und ORF III zeitgleich übertragen werden? Die politisch interessierten Zuschauer würden auch mit einem Sender auskommen, und zwar ORF III. Auf ORF2 könnte das Programm beibehalten werden. Wahrscheinlich ist der Rundfunk aber verpflichtet, uns die Politik „aufzuzwingen“. Die „Zeit im Bild“ läuft auf ORF1 und ORF2 gleichzeitig, es gibt die „ZIB Flash“, die „ZIB 2“, „Bundesland heute“ und so weiter – alles Politik. Wir zahlen brav unseren Beitrag für Wiederholungen aus dem Archiv oder Sportübertragungen auf ORF1. Zum Glück gibt es allerdings noch andere Sender, die tagsüber schöne Filme und interessante Dokumentationen bringen.

GERHARD HAHN, LANGSCHLAG



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## Glyphosat

Der Finanzdienst Bloomberg berichtet aus dem Gerichtssaal in Philadelphia, dass ein US-Geschworenengericht den Agrarchemie- und Pharma-Konzern Bayer zur bisher **höchsten Schadenersatzzahlung** in Prozessen um **glyphosathaltige Unkrautvernichter** zu 2,2 Milliarden Dollar verurteilt hat. Der an Krebs erkrankte Kläger in Philadelphia nutzte das Mittel **Roundup** als Landschaftsbauer und auch privat.

Bayer will dagegen berufen, um dieses Urteil aufzuheben oder zumindest den verfassungswidrig überhöhten Schadenersatz zu reduzieren, weil das Urteil **„im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Bewertung der Behörden stehe“**.

Diese Begründung ist aber heute zum Dilemma für jedes ordentliche Gericht und auch für die Geschworenen geworden. Denn Konzerne haben schon seit Jahrzehnten nicht nur beste Kontakte zu den Behörden, sondern auch zur Wissenschaft, die durch die neoliberale Politik der vergangenen drei Jahrzehnte finanziell und personell immer mehr von der sogenannten „externen Finanzierung“ **abhängig** gemacht wurde.

EU und konzernnahe Parteien sorgen durch die Forschungsförderung und -programme für die Interessen der Konzerne zusätzlich zu den ohnehin schon direkten und indirekten Abhängigkeiten der einst unabhängigen Wissenschaft.

Wer davon **unabhängig** arbeiten will, hat es schon bei den Publikationen schwer. Wäre der ÖVP-Landwirtschaftsminister auf der Seite der Bauern und der Konsumenten, müsste er nicht nur **Glyphosat verbieten**, sondern Biobauern massiv unterstützen.

Mit ihrer Entscheidung, das Umweltgift Glyphosat um weitere zehn Jahre zuzulassen, hat die EU nicht nur ihre Position auf der Seite der Agrokonzerne bestätigt, sondern auch gezeigt, dass ihr weder die **Zukunft der bäuerlichen Betriebe** noch die Gesundheit der Bevölkerung Anliegen sind.

Je größer die Entfernung der Entscheidungen über unsere Lebensbedingungen sind, umso weniger wird **auf die Menschen Rücksicht** genommen.

Ist einmal das Verursacherprinzip durchbrochen, landet man bei **endlosen Gerichtsverfahren** und verschafft sich Gewinne auf Kosten von Gesundheit und Leben von Menschen und Natur.